Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8268**

14. Wahlperiode 19. 02. 2002

Antrag

der Abgeordneten Horst Seehofer, Karl-Josef Laumann, Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid), Dr. Wolf Bauer, Brigitte Baumeister, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Rainer Eppelmann, Dr. Hans Georg Faust, Ulf Fink, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Hubert Hüppe, Dr. Harald Kahl, Eva-Maria Kors, Julius Louven, Wolfgang Meckelburg, Claudia Nolte, Hans-Peter Repnik, Franz Romer, Heinz Schemken, Johannes Singhammer, Dorothea Störr-Ritter, Andreas Storm, Matthäus Strebl, Peter Weiß (Emmendingen), Gerald Weiß (Groß-Gerau), Annette Widmann-Mauz, Aribert Wolf, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU

Krise in der Sozialversicherung beseitigen – endlich die notwendigen Reformen auf den Weg bringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In allen Bereichen der Sozialversicherung hat sich die Situation seit dem Beginn der Regierung Gerhard Schröder signifikant verschlechtert. Die deutsche Sozialversicherung hat sich vom Aushängeschild eines fortschrittlichen Sozialstaates zum Problemfall entwickelt. Die finanziellen Probleme aller Sozialversicherungszweige in Deutschland haben durch die rot-grüne Politik bedrohliche Ausmaße erreicht. Hinzu kommen eklatante qualitative und strukturelle Mängel vor allem bei der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung.

   So werden wir 2002 in der Sozialversicherung eine Gesamt-Beitragsbelastung von über 41 % haben. Berücksichtigt man noch die Bundeszuschüsse zur Renten- und Arbeitslosenversicherung in Höhe von rd. 71,6 Mrd. Euro liegt die effektive Belastung bei fast 50 %. Ein weiterer Beitrags- und Ausgabenschub droht schon in den nächsten beiden Jahren.

   Dies ist auch deswegen besorgniserregend, weil uns die zentralen Herausforderungen für unser Sozialsystem noch bevorstehen: die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands und der segensreiche, aber kostenintensive Fortschritt in der Medizin und der Pflege. Bei unveränderten Rahmenbedingungen wird sich schon mittelfristig die effektive Belastung auf 55 % zu bewegen.

   Für diese Entwicklung sind drei Ursachen maßgeblich:

   a) Zukunftsweisende Reformen der Regierung Dr. Helmut Kohl wurden von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgenommen. Die Folge war eine massive finanzielle Belastung der Sozialversicherung.

b) Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Gerhard Schröder hat Beschäftigung nicht gefördert, sondern vernichtet. Das hat ebenfalls negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Sozialversicherung.

c) Notwendige Strukturreformen der Sozialversicherungen sind entweder ganz unterblieben oder nur unzureichend umgesetzt worden. Unrealistische Prognosen und bürokratische Regelungswut sind zum Kennzeichen rot-grüner Sozialpolitik geworden.

Die strukturellen Probleme der Sozialversicherung sind nicht die Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001. Sie sind das Ergebnis der verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der letzten drei Jahre. Die sechs führenden Wirtschaftsinstitute zeichnen ein düsteres Bild. Danach wird sich die negative Entwicklung in den nächsten Jahren noch verstärken. Die verantwortlichen Bundesminister Walter Riester und Ulla Schmidt haben durch eine Kette von Fehlentscheidungen das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig beschädigt.

- Die Arbeitslosigkeit ist unvermindert hoch. Die Bundesregierung wird ihre beschäftigungspolitischen Ziele nicht erreichen.
- Die Krankenversicherung steht vor dem finanziellen Ruin. Trotz steigender Beitragsbelastung nimmt die Qualität der medizinischen Versorgung ab.
- Die finanziellen Reserven der Pflegeversicherung werden aufgezehrt. Die Versorgung der Pflegebedürftigen wird immer schlechter.
- Die Rentenreform der Bundesregierung ist ungenügend. So sind drastisch steigende Beiträge und ein sinkendes Rentenniveau nicht zu verhindern.

Daher ist ein völliger Neuanfang mit einer grundlegenden Kehrtwende in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik notwendig. Dabei müssen die Fehlentscheidungen der letzten drei Jahre korrigiert werden. Sonst wird es immer schwerer, die Fehlentwicklungen zu beherrschen.

Der beste Beitrag zur Sanierung des Sozialstaates ist ein ordentliches Wirtschaftswachstum und der Abbau der Arbeitslosigkeit. Wir brauchen eine Reform der Arbeitsmarktpolitik mit mehr Flexibilität und mehr Anreizen zur Aufnahme von Arbeit. Die Steuerpolitik muss endlich zu einer wirksamen Entlastung der Arbeitnehmer und vor allem der mittelständischen Arbeitgeber führen. In der Kranken- und Pflegeversicherung benötigen wir mehr Transparenz, Selbstbestimmung, Prävention und Qualität. Die Rentenpolitik muss eine ehrliche Antwort auf die Überalterung der Gesellschaft geben. Die Zeit drängt: Ein weiteres Vertuschen der Probleme und Verzögern der notwendigen Entscheidungen ist nicht mehr zu verantworten.

2. Obwohl der Arbeitsmarkt allein aus demographischen Gründen jedes Jahr um mehr als 200 000 Personen entlastet wird, ist die Zahl der Arbeitslosen erheblich gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist dagegen saisonbereinigt im letzten Jahr gesunken. Im Durchschnitt des Jahres 2002 wird die Zahl der Arbeitslosen rd. 3,9 Millionen betragen. Damit hat Rot-Grün seine beschäftigungspolitischen Ziele weit verfehlt.

   Angesichts der alarmierenden Situation auf dem Arbeitsmarkt laufen die Finanzen der Arbeitslosenversicherung aus dem Ruder. Für 2001 waren und für 2002 sind deutlich höhere Bundeszuschüsse zur Bundesanstalt für Arbeit zu veranschlagen. Statt 0,61 Mrd. Euro wurden 1,99 Mrd. Euro im Jahr 2001 benötigt. Damit hat die Bundesregierung durch eigene Fehler die Möglichkeit verbaut, die notwendige Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung in Angriff zu nehmen.

Die Rücknahme der Reformen durch die neue Bundesregierung waren der Auftakt für diese verfehlte Politik. Die bürokratischen Regelungen zu den 325 Euro-Jobs, zur Scheinselbständigkeit und zu befristeten Arbeitsverhältnissen haben zur Verkrustung des Arbeitsmarktes beigetragen und das Entstehen neuer Jobs verhindert. Die Reform der Betriebsverfassung wird ebenfalls die Beschäftigungsentwicklung beeinträchtigen.

Die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland ist wenig effektiv. Daran wird auch das so genannte Job-Aqtiv-Gesetz nichts ändern. Dieses Gesetz ist reiner Etikettenschwindel. Eine nennenswerte Auswirkung auf den Arbeitsmarkt erwartet davon niemand. Viele Maßnahmen treiben eher die Kosten für die Bundesanstalt für Arbeit und damit den Beitragssatz in die Höhe und führen zu mehr Bürokratie.

Wichtige Probleme werden nicht angegangen. Statt den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern und die Chancen für geringqualifizierte Arbeitslose mit Kombilöhnen, Einstiegsgeldern und ähnlichen Lösungen deutlich zu verbessern, werden die Probleme mit diversen Modellversuchen und mit fadenscheinigen Begründungen auf die lange Bank geschoben. Auch bei der dringend erforderlichen Vereinheitlichung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bleibt es bei Absichtsbekundungen. Daran wird deutlich, dass der Bundesregierung für die dringend erforderlichen Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt die Einsicht und die Kraft fehlen.

Die Bundesregierung versucht, mit statistischen Tricks die Situation auf dem Arbeitsmarkt schön zu rechnen: Die Reform der 325 Euro-Jobs hat zu einer – rein statistischen – Steigerung der Zahl der Erwerbstätigen geführt.

3. Die gesundheitspolitische Bilanz nach drei rot-grünen Regierungsjahren ist katastrophal. Die finanzielle Lage der Kranken- und Pflegeversicherung ist desolat, die Versorgung der Patienten und Pflegebedürftigen verliert an Qualität, Ärzte und Pflegepersonal in Heimen und Krankenhäusern sind vielfach überlastet und die Krankenversicherungsbeiträge steigen.

   Für das Jahr 2001 war ein Defizit von über 2,56 Mrd. Euro zu verzeichnen. Die durchschnittlichen Beitragssätze steigen von 13,5 % auf 14 %. Und für die nächsten Jahre ist keine Besserung der Lage in Sicht. Diese Situation ist von der Regierungskoalition aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu verantworten. Durch verschiedene Gesetze hat sie die gesetzliche Krankenversicherung seit dem Jahr 2000 mit jährlich 2,56 Mrd. Euro belastet. Auch Maßnahmen, wie die Reform des Risikostrukturausgleichs, die Aufhebung der Arznei- und Heilmittelbudgets ohne gleichzeitige Einführung von Instrumenten zur wirksamen Ausgabensteuerung sowie die geplante Einführung des neuen Fallpauschalensystems in den Krankenhäusern bewirken einen zusätzlichen Kostenschub.

   Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute fordern eine grundlegende Reform im Gesundheitsbereich. Und nach allen Umfragen sind zwei Drittel der Bevölkerung mit der gegenwärtigen Gesundheitspolitik unzufrieden. Die Auffassung der Wissenschaft und die Haltung der Bevölkerung sind ein vernichtendes Urteil für die Gesundheitspolitik dieser Bundesregierung.

   Die Bundesregierung hat es versäumt, ein überzeugendes und nachhaltiges Gesamtkonzept für eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung zu erarbeiten. Sie beschränkt sich stattdessen auf Aktionismus und produziert nur Stückwerk. Das Vertrauen der Versicherten und der im Gesundheitswesen Beschäftigten in diese Politik ist dahin. Damit wird die Akzeptanz der Menschen für unser Gesundheitssystem auf eine ernsthafte Probe gestellt.

Die Qualität der medizinischen Versorgung in Deutschland hat sich in den letzten drei Jahren erkennbar verschlechtert. Das deutsche Gesundheitswesen ist auf dem besten Weg in eine Zweiklassenmedizin, unter der vor allem sozial schwache Versicherte zu leiden haben.

Wegen eigener Konzeptionslosigkeit, fehlender Konsensbereitschaft in den eigenen Reihen und aus erkennbar wahltaktischen Gründen ist die Bundesregierung weder in der Lage noch dazu bereit, eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens auf den Weg zu bringen. Damit verschärft sie die aktuelle Situation und trägt dazu bei, dass sich die Belastungen kurz- und mittelfristig kumulativ auswirken werden. Auch im nächsten Jahr ist ein Beitragsschub in der Krankenversicherung vorprogrammiert.

4. Auch in der Pflegeversicherung hat die Bundesregierung bisher überwiegend für Negativschlagzeilen gesorgt. So hat die Regierung Gerhard Schröder seit 1999 für Einnahmeausfällen in Höhe von 204 Mio. Euro für Defizite in der Pflegeversicherung gesorgt. Bis 1998 verzeichnete die Pflegeversicherung zum Teil erhebliche Überschüsse. 1999 hat sich dies umgekehrt und seit 2000 laufen in der Pflegeversicherung jährliche Defizite auf 132,94 Mio. Euro, für 2001 ist ein Defizit von ca. 209,63 Mio. Euro wahrscheinlich auf. Derzeit finanziert sich die Pflegeversicherung aus ihren Rücklagen.

   Angesichts der steigenden Zahl der Pflegebedürftigen und des zunehmenden Bedarfs umfangreicherer Pflege einerseits und des langsameren Anstiegs der Beitragseinnahmen infolge anhaltender Arbeitslosigkeit und geringer Lohnzuwächse andererseits sind diese politisch bedingten Belastungen Gift für die finanzielle Situation der Pflegeversicherung. Bei dieser Entwicklung werden die Überschüsse, soweit sie die gesetzlichen Mindestreserven von 2,05 Mrd. Euro übersteigen, bis zum Jahr 2006 aufgezehrt sein. Der Druck auf den Beitrag wird steigen oder Umfang und Qualität der Leistungen müssen leiden.

   Auf der anderen Seite wurde bisher weder eine wirkliche Verbesserung der Situation von Demenzkranken noch eine allgemein akzeptierte und wirksame Verbesserung der Qualität der Versorgung Pflegebedürftiger in Heimen zustande gebracht. Dies wäre aber besonders dringlich, zumal in der Pflegeversicherung die Frage der Qualität der Versorgung seit den letzten Jahren die politische Diskussion bestimmt. Zunehmend wird in den Medien über Mangelversorgung, Vernachlässigungen und Misshandlungen Pflegebedürftiger berichtet. Für dieses Problem hat die Bundesregierung lediglich ein halbherziges und bürokratisches Gesetz zur Qualitätssicherung in der Pflege beschlossen.

   Damit werden der Pflegeversicherung weitere Belastungen aufgedrückt. Durch höhere Personalaufwändungen für umfangreiche neue Dokumentationspflichten wird es zu neuen Verwaltungskosten von etwa 0,82 Mrd. Euro kommen. Da diese von den Pflegekassen nicht erstattet werden, müssen die Mittel bei der eigentlichen Pflege eingespart werden.

5. Die Finanzen der Rentenversicherung laufen aus dem Ruder. Die Stabilität der Rentenversicherung ist gefährdet. Wenn der Beitragssatz nicht mit Hilfe der Ökosteuer künstlich auf einem niedrigen Niveau gehalten würde, wäre das Desaster noch offensichtlicher.

   Trotz Einführung der vierten Stufe der Ökosteuer auf Benzin und Strom mit Einnahmen von rd. 26 Mrd. Euro wird der Beitragssatz nicht gesenkt. Nicht einmal die vollmundig versprochene Mini-Entlastung von 0,1 %-Punkten wurde durchgeführt. Die Beitragsbelastung wäre sogar um rd. 0,3 %-Punkte gestiegen, wenn sich die Bundesregierung nicht kurzerhand die finanziellen Reserven der Rentenversicherung durch die Absenkung der Schwankungsreserve bedient hätte.

Bereits im Wahlkampf haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN falsche Behauptungen aufgestellt. So sollten die Renten so steigen wie die Nettolöhne. Auch der versprochene Kaufkraftausgleich wurde nicht gewährt. Im Jahr 2000 wurden die Renten statt um 1,9 % lediglich um 0,6 % angehoben. Und auch im Jahr 2001 hatten die Rentnerinnen und Rentner real deutlich weniger Geld in der Tasche: Die erwartete Preissteigerungsrate beträgt 2,5 % während die Renten lediglich um 1,9 % angehoben worden sind.

Die Rentenreform ist heute schon Makulatur. Sie wird keinen Bestand haben. Die zugrunde liegenden Annahmen sind falsch und wurden bereits während des Gesetzgebungsverfahrens „ergebnisorientiert“ verändert. So wurden die Annahmen zur Nettozuwanderung kurzerhand verdoppelt und die Beschäftigungsentwicklung deutlich positiver eingeschätzt, obwohl bereits absehbar war, dass selbst die kurzfristige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sehr viel schlechter ausfallen wird. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung wird mindestens auf 25 % und damit stärker steigen, als von der Bundesregierung veranschlagt. Zusammen mit der privaten Vorsorge ergibt sich damit eine Beitragsbelastung, die für die junge Generation unzumutbar ist.

Das Rentenniveau wird nach der Bundestagswahl noch mal deutlich gekürzt – und zwar um 4 % – und wird damit deutlich unter den von der Bundesregierung versprochenen 67 % liegen. Die Frauen werden zudem durch die Absenkung der Hinterbliebenenrente von 60 % auf 55 % überproportional belastet. Alle, die heute unter 45 Jahre alt sind, werden so viel in die Rentenversicherung einzahlen und so wenig herausbekommen wie nie zuvor.

Der Einstieg in die private Förderung auf breiter Basis wird nicht gelingen. Die Förderung ist bürokratisch und kompliziert. Statt der erhofften großzügigen zusätzlichen Rente werden die Versicherten auf eine renditearme, überregulierte und verwaltungsaufwändige private Rentenversicherung verwiesen, die kaum eine individuelle Gestaltung zulässt und schon gar nicht als Ersatz für die vorgenommenen Kürzungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung taugen. Zudem weist die Förderung eine soziale Schieflage auf, denn Geringverdiener werden im Gegensatz zu Besserverdienenden nur unzureichend unterstützt. Die Förderung von Familien mit Kindern wird nur zögerlich und in zu kleinen Schritten umgesetzt. Das selbstgenutzte Wohneigentum wird faktisch nicht gefördert.

Die Inanspruchnahme durch die Versicherten wird insbesondere bei den unterdurchschnittlich Verdienenden deutlich hinter den hochgesteckten Erwartungen der Bundesregierung zurückbleiben. Damit wird der Gedanke, mehr Eigenvorsorge zu betreiben, auch für die anderen Zweige der sozialen Sicherung diskreditiert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. umfassende Reformen zur finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme sofort durchzuführen, die gewährleisten, dass der Gesamtsozialversicherungsbeitrag langfristig unter 40 % gehalten werden kann;
2. beschäftigungswirksame Reformen auf dem Arbeitsmarkt durchzuführen. Hierzu gehören insbesondere die Vereinheitlichung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die Aktivierung des Niedriglohnsektors und die notwendige Flexibilisierungen im Arbeitsrecht;
3. steuerpolitische Maßnahme durchzuführen, die endlich eine wirksame Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zur Folge haben;

4. eine nachhaltige Rentenpolitik zu betreiben, die die demografische Entwicklung angemessen berücksichtigt und die Rentenbeiträge langfristig stabil hält.

Berlin, den 19. Februar 2002

Horst Seehofer
Karl-Josef Laumann
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
Dr. Wolf Bauer
Brigitte Baumeister
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Rainer Eppelmann
Dr. Hans Georg Faust
Ulf Fink
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Hubert Hüppe
Dr. Harald Kahl
Eva-Maria Kors
Julius Louven
Wolfgang Meckelburg
Claudia Nolte
Hans-Peter Repnik
Franz Romer
Heinz Schemken
Johannes Singhammer
Dorothea Störr-Ritter
Andreas Storm
Matthäus Strebl
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Annette Widmann-Mauz
Aribert Wolf
Wolfgang Zöller,
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333